

**POLITIK**

# Leerstandsabgabe soll im Herbst im Salzburger Landtag beschlossen werden

Ein striktes Nein zum Vorhaben der Landesregierung kommt vom Haus- und Grundbesitzerbund. Dieser warnt vor einer Bestrafungsaktion.



Tausende Wohnungen in der Landeshauptstadt stehen leer, weil sie als Anlageobjekte dienen. Das Land will diesen Leerstand nun besteuern. Ein Gesetzesentwurf ist fast fertig.



ÖVP-Klubchef Wolfgang Mayer: „Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es, noch im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Die schwarz-grün-pinke Koalition hat sich am Donnerstag im Wesentlichen auf die Leerstandsabgabe geeinigt. Wobei sie nun auf Wunsch der Neos offiziell den Titel "Kommunalabgabe Leerstand" trägt. "Es sind noch ein paar Prüfungen zu machen. Aber im Prinzip sind wir auf Schiene. Das erklärte Ziel der Landesregierung ist es, noch im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen", sagt ÖVP-Klubchef Wolfgang Mayer. Die Abgabe soll außerdem höher ausfallen als bisher geplant, nämlich zehn anstatt 7,5 Prozent des Richtwertmietzinses. Das wären dann 1000 Euro für eine 100 Quadratmeter große Wohnung pro Jahr - und somit ein symbolischer Tausender.

Der grüne Wohnbausprecher LAbg. Josef Scheinast sagt, die Abgabe solle institutionelle Anleger treffen, nicht die "Vorsorgewohnung fürs Enkerl". Das Ziel sei, Leerstand zu besteuern. "Und dass es in Zukunft keinen Leerstand mehr gibt." Scheinast will sich beim Justizministerium um eine "Verlängerung des Volkswohnungswesens" bemühen - dann könne man deutlich mehr gestalten.

Wohnbaulandesrätin Andrea Klambauer (Neos) hatte sich zuletzt gegen eine Leerstandsabgabe ausgesprochen. Sie hatte ein schärferes Vorgehen gegen illegale Zweitwohnsitze und eine Weiterentwicklung der Wohnbaudatenbank gefordert. "Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, spricht nichts dagegen, dass wir in Begutachtung gehen", meinte Klambauer am Donnerstag nun.

Die SPÖ befürwortet eine Leerstandsabgabe. "Für uns ist dies aber nur dann sinnvoll, wenn sie diejenigen trifft, die wertvollen Wohnraum horten, womöglich sogar, um damit zu spekulieren. Das gehört unterbunden", sagt LAbg. Roland Meisl. AK-Präsident Peter Eder meint: "Es ist erfreulich, dass die ÖVP jetzt umdenkt. Ob der Effekt einer solchen Abgabe tatsächlich so

groß ausfallen wird, ist zu bezweifeln. Was es unbedingt braucht, ist eine Zweckwidmung der Einnahmen für aktive Wohnbaupolitik."

Ein klares Nein zu einer Abgabe kommt vom Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbund. "Wer eine oder zwei Wohnungen oder vielleicht ein Zinshaus besitzt, hat laufende Kosten zu bestreiten. Leerstand macht daher keinen Sinn", sagt ÖHGB-Präsident Martin Prunbauer. Es gebe keine allgemeingültige Definition von Leerstand. Prunbauer warnt vor einer "Bestrafungsaktion gegen diejenigen, die unverschuldet Leerstand haben und eigentlich vermieten wollen".